Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Stadtarchiv	Drucksachen-Nr. 292/2002
☒ Öffentlich	
☐ Nicht öffentlich	
Mitteilungsvorlage	
für ▼	Sitzungsdatum
Rat	16.5.2002

Tagesordnungspunkt

Schriftlicher Bericht des interfraktionellen Arbeitskreises zur Errichtung einer NS-Gedenkstätte

Inhalt der Mitteilung

Der vom Rat in seiner Sitzung am 5. April 2001 eingesetzte interfraktionelle Arbeitskreis zur Vorbereitung einer NS-Gedenkstätte hat in seiner Sitzung am 24. April 2002 die Ergebnisse der von der Bürgermeisterin am 6. Februar 2002 zugesagten Prüfungen zur Kenntnis genommen. Frau Bürgermeisterin Opladen hat erklärt, dass zurzeit auf Grund der Haushaltssituation keine Mittel für neue Verpflichtungen der Stadt zur Verfügung stehen.

Nach der baulichen Untersuchung der für die NS-Gedenkstätte diskutierten Raumkomplexe können die Räume im ersten Obergeschoss des Alten Arbeitsamtes für Ausstellungszwecke und für pädagogisches Arbeiten auf Grund brandschutztechnischer Auflagen und statischer Probleme nur mit erheblichen Investitionen eingerichtet werden. Die ehemaligen Haftzellen im Kellergeschoss des Rathauses Stadtmitte können für pädagogisches Arbeiten und für Verwaltungszwecke nicht eingerichtet werden, sind aber nach einer Sanierung grundsätzlich für Ausstellungszwecke geeignet. Das Obergeschoss des ehemaligen Stadtgefängnisses weist Feuchtigkeitsschäden an den Decken und Wänden auf, die durch Undichtigkeiten am darüber liegenden Parkdeck verursacht sind und mit einigem Aufwand saniert werden müssten. Grundsätzlich sind diese Räume jedoch nach einer Sanierung für Ausstellungszwecke und für pädagogisches Arbeiten mit kleineren Besuchergruppen sowie für Verwaltungszwecke geeignet.

Die Landeszentrale für politische Bildung fördert keine Einrichtungen, sondern nur konkrete Projekte, und der ihr zur Verfügung stehende Topf ist sehr klein. Beim Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien können Anträge zur Förderung von Projekten zur Erinnerung an NS- oder SED-Unrecht gestellt werden, wenn diese von nationaler oder interna-

tionaler Bedeutung sind, das Land seine mindestens hälftige Mitfinanzierung zusagt und das Antragsvolumen über 25.000 € liegt. Nach diesen Informationen ist davon auszugehen, dass für Bau- oder Sanierungsmaßnahmen zur Errichtung einer NS-Gedenkstätte in Bergisch Gladbach keine Zuschüsse des Landes oder des Bundes zu bekommen sind. Allenfalls wäre es denkbar, einen Zuschuss aus Mitteln für den Denkmalschutz zu beantragen. Solche Mittel würden sich aber nur auf die Sicherung des Denkmals, nicht auf die Errichtung einer NS-Gedenkstätte beziehen, und sie würden mindestens einen Eigenanteil der Stadt in Höhe von 50% voraussetzen. Ob von Seiten der Kulturstiftung der Kreissparkasse Köln grundsätzlich Mittel für eine NS-Gedenkstätte zu erhalten wären und welchen Eigenanteil die erwähnte Projektförderung des Landes voraussetzen würde, wird die Verwaltung noch klären.

Der interfraktionelle Arbeitskreis zur Errichtung einer NS-Gedenkstätte empfiehlt dem Rat einstimmig, die in der Sitzung am 21. März 2002 beschlossene Zweckbindung der drei Raumkomplexe im Alten Arbeitsamt, im Ratskeller und im ehemaligen Stadtgefängnis für die geplante NS-Gedenkstätte auf die Räume des ehemaligen Stadtgefängnisses zu beschränken und für die beiden anderen Raumkomplexe aufzuheben.

Der interfraktionelle Arbeitskreis sieht mit diesem Bericht den vom Rat am 5. April 2001 erteilten Auftrag als erfüllt an.

Er unterstützt einstimmig die Bildung eines überparteilichen Fördervereins für die geplante NS-Gedenkstätte, dessen vorrangiges Ziel es sein soll, innerhalb von fünf Jahren die Errichtung der Gedenkstätte zu erreichen. Der Arbeitskreis ruft die Mitglieder aller Fraktionen dazu auf, diesen Förderverein und sein Anliegen im Sinne des in der Ratssitzung am 5. April 2001 einstimmig gefassten Grundsatzbeschlusses zur Errichtung einer NS-Gedenkstätte aktiv zu unterstützen.

gez. Peter Baeumle-Courth, Otto Jung, Ingrid Koshofer, Fabian Schütz, Dr. Peter Winzen